

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 83
Fernschreiber 0866890

P/XII/255 - 7. November 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Was ist mit der "Neuorientierung der Bonner Ost-Politik"?	S. 1
Sputnik II und die NATO	S. 2
Die gute Tat	S. 4
"Eulenspiegel" darf nicht mehr spiegeln	S. 5
Flucht vor "Europa"?	S. 6

Verzicht auf eigene Initiative

sp- Es ist sehr still geworden um die "Neuorientierung der Bonner Ost-Politik". Alle früheren Ankündigungen des Bundeskanzlers und des Außenministers wurden zu den Akten gelegt, und wenn nicht alles täuscht hat sich im Bonner Auswärtigen Amt jene Richtung durchgesetzt, die den Begriff "Deutsche Ost-Politik" mehr denn je in der Perspektive der sogenannten Politik der Stärke sieht.

Die offiziöse "Diplomatische Korrespondenz" versuchte kürzlich zu erläutern, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien notwendig gewesen sei. Das staatsrechtliche Denken habe dabei weniger eine Rolle gespielt als die Überlegung, dass die Hinnahme der Anerkennung Pankows durch Belgrad die "Aufgabe des Anspruchs der Bundesrepublik" gewesen wäre, "Sprecher des ganzen deutschen Volkes zu sein".

Diese - trotz gegenteiliger Beteuerungen - rein staatsrechtliche Rechtfertigung des Bruches mit Jugoslawien lässt den Verzicht auf die notwendige Erörterung des politischen Problems der deutschen Ost-West-Beziehungen durchblicken. Es darf daraus geschlossen werden, dass Bonn auf diesem Gebiet weiter inaktiv bleiben will und entschlossen zu sein scheint, sowohl die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands wie auch die der Auflockerung bestehender Verkrampfungen des amerikanischen-russischen Gegensatzes einer fernen Entwicklung zu überlassen.

Diese Verzichtspolitik Bonns steht im Gegensatz zu den nationalen Interessen des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Zonengrenze. Sie ist nicht nur der Ausdruck des linkerheinischen Denkens, das schon nach dem ersten Weltkrieg Rheinbund-Ideen entstehen liess, sondern auch die geistige Kapitulation vor der uns Deutschen gestellten Aufgabe, bei aller Bekenntnisfreudigkeit zu den westlichen Lebensauffassungen die Spaltung Deutschlands und Europas nicht zu einem Dauerzustand werden zu lassen.

+ + +

Vor dem Londonbesuch Adenauers

-e-. Paris

Bundeskanzler Dr. Adenauer wird sich demnächst in Begleitung mehrerer Minister nach London und bald darauf zur Teilnahme an der Atlantikrat-Tagung nach Paris begeben, die unter Leitung des Präsidenten Eisenhower stattfindet und für die weitere Entwicklung des westlichen Verteidigungsbündnisses und für die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West von grösster Bedeutung werden dürften.

Dem Wunsch der britischen Regierung auf schnelle Erwidern des Besuchs, den Premierminister McMillan im Frühjahr Bonn abstattet, liegen sehr reale Überlegungen zugrunde. Es stehen eine Reihe Probleme zur Debatte, die bei dem Londonbesuch General Speidels nicht gelöst werden konnten. Nach Londoner Auffassung ist jetzt nach den deutschen Bundestagswahlen und dem Wahlsieg des Bundeskanzlers der Weg zu einer für Grossbritannien günstigen Regelung gebnet. Und dies umso mehr, als der widerspenstige ehemalige Finanzminister Schaeffer nicht mehr störend eingreifen kann und der neue Finanzminister Etzel nach britischer Auffassung, weil er "abgestempelter" Europäer ist, der britischen Forderung auf Erhaltung und Steigerung des deutschen Beitrages für den Unterhalt der auf bundesdeutschem Gebiet stationierten britischen Einheiten mehr Verständnis entgegenbringen dürfte.

Man wird in London bei Vertretung der britischen Ansprüche zweifellos das Argument der britischen Bereitschaft zur stärkeren Zusammenarbeit im europäischen Rahmen in den Vordergrund stellen und damit den Bundeskanzler für Konzessionen an die britische These zu gewinnen versuchen. Diese Konzessionen dürften jedoch für die Bundesrepublik kostspielig werden, auch dann, wenn sie mit gewissen britischen Gegenleistungen verbunden werden sollten, die sich aus den kürzlich getroffenen Vereinbarungen zwischen den USA und Grossbritannien über die Zusammenarbeit auf dem Nuklear-Gebiet ergeben könnten.

Nicht weniger kostspielig wird sich für die Bundesrepublik auch die kommende Atlantikrats-Tagung gestalten, an der nach den bisherigen Informationen auf deutscher Seite neben dem Bundeskanzler, Ausserminister

von Brentano, Verteidigungsminister Strauss, Finanzminister Etzel und ein grosser Stab von Diplomaten und Militärs teilnehmen werden. Diese Ratstagung soll den Stempel unter all die Vereinbarungen setzen, die in Sondergesprächen und Verhandlungen der Hauptteiligten vorbereitet werden.

Es handelt sich in diesem Jahre nicht nur darum, die Ergebnisse der Arbeit im ablaufenden Jahr zu überprüfen und zu der von den militärischen Gremien der NATO vorbereiteten Planung für den nächsten Jahresabschnitt Stellung zu nehmen. Es gilt politische Entscheidungen unter Berücksichtigung der Entwicklung der internationalen Situation zu treffen und dem Ereignis Rechnung zu tragen, das wie kein anderes in die Reihen der verantwortlichen Kreise der westlichen Welt Verwirrung getragen hat: "Sputnik I" und "Sputnik II" sind die ungeladenen Teilnehmer der Atlantikratstagung. Ihr Einfluss auf die Entscheidungen des Westens wird zweifellos ausserordentlich stark werden und manchen vorbereiteten und von den Fachleuten eifrig verteidigten Plan über den Haufen werfen. Unter dem "Sputnik"- und Interkontinental-Raketen-Gesichtspunkt wird die Frage der westeuropäischen Verteidigung zur Debatte stehen und dem Problem der autonomen Rüstungen der europäischen Staaten einen neuen Charakter verleihen, der zur grössten Vorsicht zwingt.

In der Raketen-Optik verschwindet die Bedeutung der Truppenbeiträge der verschiedenen Länder weitgehend. Sie erfordert eine Überprüfung und Neuorientierung der bisherigen Verteidigungstheorie. Eine Politisierung des gesamten Verteidigungsproblems wird seiner Lösung zweifellos grösseren Nutzen bringen, als finanzielle Regelungen, die Grossbritannien und auch Frankreich auf Kosten der Bundesrepublik vorübergehend materielle Erleichterungen, aber kaum echte und positive Ergebnisse im Sinne der tatsächlichen Friedenssicherung bringen könnten.

"Hören, sehen, helfen"

E.K. Man kann nicht gerade behaupten, dass "Tarzan"-Filme zur erbaulichen Unterhaltung gehören. Und doch scheint von dem edelmütigen Retter auf den Urwaldbäumen manchmal eine Anregung auszugehen, dem Nächsten tatkräftig zu helfen. In rheinisch-westfälischen "Kohlenpott" hatte eine Gruppe Jugendlicher einen Tarzanfilm mit dem mehrfachen Weltmeister und Olympiasieger Jonny Weissmüller gesehen und den Entschluss gefasst, ähnlich wie er, Armen und Bedrängten zu helfen. Nur über das "Wie" waren sie sich nicht ganz klar.

Da wurde ihnen auf dem Nachhauseweg ein deutlicher Hinweis zuteil. Sie trafen ein altes Mütterchen, das nur mühsam ein Bündel Holz schleppte. Die Buben sahen sich an, dann sprang einer nach den anderen vom Fahrrad und sie trugen der Greisin das Holz nach Hause.

Das war vor drei Jahren. Inzwischen wurde ein ganzer Club von hilfsbereiten jungen Menschen gegründet, für welche der 16-jährige Harald Hauk der "Bandenchef" ist - mit dem Titel "Obertarzan". "Hören, sehen, helfen" ist ihr Wahlspruch. Vielen wurde bereits geholfen. Zu den eifrigsten Förderern des Clubs gehören unter anderem ein Schweizer Kaufmann und ein Berliner Baron. In der Satzungen steht auch, wie oft geholfen werden muss: "Jede Woche mindestens eine gute Tat!"

Am Mittwochabend findet sich jeder beim "Obertarzan" ein und in Haralds Tagebuch wird alles eingetragen. Da steht zum Beispiel zu lesen: Einen Maurer eine Woche lang das Mittagessen gebracht, weil seine Frau krank war. Die Gartentür eines Berginvaliden repariert, das Fahrrad einer Zeitungsaussträgerin in Ordnung gebracht. Wer bei der wöchentlichen Zusammenkunft keine "gute Tat" vorweisen kann, muss 20 Pfennig in die Mitgliederkasse zahlen, deren Inhalt zum Ankauf von Lebensmitteln benutzt wird, die darn von den "Tarzanen" an Bedürftige verteilt werden.

Immer mehr Jungen kamen ins Hauptquartier der "Tarzane" und fragten, ob sie mitmachen dürften. Heute sind viele fleissige Helfer mit Fahrrädern und Handwagen, vor allem aber mit viel gutem Willen, unterwegs, um anderen zu helfen. Bei ihnen gibt es kein sogenanntes "Halbsterkenproblem". Ihr Tun könnte ein Vorbild für viele sein.

Polit-Klinik

K.J. Die einigermaßen lesbaren Illustrierten in der Zone sind an den Fingern einer Hand aufzuzählen. Zur Strafe dafür, dass sie dem Publikum etwas bieten, was es gerne liest, werden ihre Redakteure vor der SED der Westlerei, falscher und feindlicher Auffassungen geziehen und periodisch abgesetzt, ausgewechselt, in die Flucht getrieben und manchmal auch eingesperrt. Jetzt haben sich wieder einmal die satirische Zeitschrift "Eulenspiegel" und die Dresdener "Zeit im Bild" unbeliebt gemacht.

Der "Eulenspiegel" habe die Partei und ihre Kulturpolitik diffamiert, stellte die Rostocker SED-Bezirksleitung fest und forderte, die Verantwortlichen streng zur Rechenschaft zu ziehen. Warum? Der "Eulenspiegel" brachte in seiner 4. Oktobernummer eine doppelseitige Karikatur zur Kulturkonferenz der SED, überschrieben: "Zentrale staatliche Politiklinik zur Gesundung und Stärkung der Muse". In den verschiedenen Behandlungszimmern gehen Ärzte mit Holzhämmern und Zwangsjacken den Patienten zuleibe, die Muse der Gegenwartsliteratur "Praesentia" wird vom linientreuen "Prof. K.Uba" geschockt, "Brettina", die Muse des Bretts und Kabarets lässt sich verbrannte Finger verbinden und schwört: "Ich fasse keine heißen Eisen mehr an!" Melpomene trägt ein Schild "Optimistische Tragödie" und wird von einem Arzt rot angepinselt, der sagt: "Ist unser aller Leben nicht schöner geworden? Warum also diese Trauermine, Jugendfreundin?" Kalliope sitzt, "die Poliklinik mit einer Politiklinik verwechselnd", im Wartezimmer und harrt "neuer Rezepte", weil es sich heute so schwer heroisch dichten lässt. Eine gute Satire! Ein Wunder, dass man so was noch schreiben kann - kein Wunder, dass es Anstoss erregt.

Für unsere Vorstellungen dagegen völlig unbegreiflich ist die Rüge der Agit-Prop-Abteilung beim ZK der SED an der "Zeit im Bild": Die Zeitschrift erkühnte sich, eine Reportage über die Tradition des türkischen Ringkampfes zu drucken. Nun wird sie der "politischen Instinktlosigkeit" geziehen, weil verabsäumt wurde, auf den Umstand hinzuweisen, dass die Türkei Mitglied der NATO ist und eine "unreaktionäre Regierung" hat.

Des "Eulenspiegels" Kalliope hat schon Recht, wenn sie die Rosskuranstalt der SED für eine Polit-Klinik hält. Nach der Pankower Kulturkonferenz wird mit den Musen nur noch ulbrichtsche Fraktur geredet werden. Ob Kunst, Journalismus und Satire die ideologische Operation überstehen, ohne bald in völlige Agonie zu verfallen, muss man nach Lage der Dinge bezweifeln.

Unzweifelndes Europa-Schauspiel

sp.- Mit dem europäischen Geist der Bundesregierung scheint es nicht weit her zu sein. Sie beschwört ihn zwar recht oft, aber wenn es darauf ankommt, ihn praktisch zu bekunden, dann fehlt es an Entschlusskraft. Die Bundesregierung pries es seinerzeit als einen grossen Erfolg, dass es ihr gelungen war, die Stelle des Vizepräsidenten der Montan-Union mit einem Deutschen zu besetzen. Sie sah darin einen Beweis für die Vertrauenswürdigkeit und Gleichwertigkeit, die sich Bonn in der westlichen Welt erworben hat. Nun konnte man mit vielen guten Gründen ahnen, Bonn werde alles tun, um sie in der Montan-Union erworbene Position zu stärken; es kann ja nicht gleichgültig sein, wie und mit welcher Intensität hier deutsche Interessen wahrgenommen werden.

Was sich aber nun heute abspielt, ist nicht geeignet, das Ansehen der Montan-Union als ein westeuropäisches Forum im Bewusstsein der daran beteiligten Völker zu heben. Auf Drängen des Bundeskanzlers und wohl auch aus eigenem Antrieb, hat der Vizepräsident der Montan-Union, Etzel, sein Amt niedergelegt, um dafür den Sessel des Bundesfinanzministers einzutauschen. Wirtschaftliche und persönliche Interessen gaben dabei den Ausschlag. In diesem Stellungswechsel bekundet sich eine Missachtung, die kaum überboten werden kann. Die Bundesregierung weiss heute noch nicht, wen sie als Nachfolger Etzels auf den verwaisten Posten in der Montan-Union entsenden soll. Gegen den in diesem Zusammenhang genannten früheren Vizkanzler Blücher, den man für treue Dienste belohnen will, bestehen selbst in der CDU starke Bedenken. Soll die Montan-Union Heimstätte für abgehalfterte Minister sein?

Wie gering in der Einschätzung ihrer Möglichkeiten die Montan-Union steht, beweist auch die Tatsache, dass ihr bisheriger Präsident, der frühere französische Ministerpräsident René Mayer, sich in die Privatindustrie zurückziehen will. Das ist ein umso bemerkenswerterer Entschluss, als er in aller Klarheit darlegt, wie wirkungslos diese Institution, einst als Vorstufe der europäischen Einheit gepriesen, geworden ist. Sie sank zu einem blossen Schema ab, dem kaum noch praktische Bedeutung zukommt.